Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" wöchtl. 2.20 RM., vierzehntägig 1.10 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Broschenniederlegung 10 Pf.

Nr. 167 | Dresden, Donnerstag den 19. Juli 1928 | 39. Jahrg.

Phantasien im Juli

ASP., bürgerliche Sorgen und kommunistische Hetze

Wir brachten vor einigen Tagen Ausführungen der Leipziger Neuesten Nachrichten, in denen darauf hingewiesen wurde, daß im Herbst in Sachsen möglicherweise eine Regierungskrise zu erwarten sei. Man rechnet wohl im bürgerlichen Lager damit, daß das Sterbestündlein der ASP. bald schlagen wird.

Selbstverständlich suchen die Kommunisten auch diese Situation zu benutzen, um ihre Hetzgeschäfte zu betreiben. Auf dem Kongreß der kommunistischen Internationale in Moskau gab der allmächtige Stalin wieder einmal die Parole aus, der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie, und seine gelehrigen Jünger in Deutschland wollen zeigen, welch gehorsame Kinder sie sind. Die Hetze gegen die Sozialdemokratie, bei der seit jeher die Mittel der Lüge und Verleumdung so reichlich verwandt wurden, wird jetzt in der deutschen kommunistischen Presse mit besonderem Eifer betrieben. Selbstverständlich machen sich die kommunistischen Organe kein Gewissen daraus, ihren Lesern die dümmsten Märchen zu erzählen. So bringt das Organ der Kommunisten in Chemnitz, Der Kämpfer, einen Aufsatz, in dem er behauptet, der Parteivorstand der SPD. plane im Zusammenhang mit der Umbildung der Reichsregierung im Herbst dieses Jahres, auch in Sachsen eine Regierung der Großen Koalition zustande zu bringen. Der Kämpfer erzählt dann etwas von angeblichen Verhandlungen, die durch Vermittlung des Genossen Dr. Gradnauer über die Aufnahme der ASP.-Leute in unsre Partei mit dem Parteivorstand gepflogen worden seien. Eine Bildung der Großen Koalition wäre allerdings in Sachsen nur dann möglich, wenn die ASP.-Leute der Auflösung des Landtags zustimmten. Die ASP.-Leute stellten hierzu zwei Hauptbedingungen, Aufnahme in die SPD. und Garantierung einiger Kandidaten an aussichtsreicher Stelle.

Der Parteivorstand sei, so behauptet der Kämpfer, mit diesen Bedingungen einverstanden und habe auch bereits einen großen Teil der sächsischen sozialdemokratischen Führer auf seiner Seite. Ein andrer kleiner Teil dieser Führer hege noch Bedenken wegen einer geschlossenen Aufnahme der ASP. in die SPD., weil sie schwere Differenzen mit der Mitgliedschaft befürchteten.

Der Kämpfer gibt dann weiter Ausführungen der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Berlin wieder, in der ebenso wie vor einigen Tagen in den Leipziger Neuesten Nachrichten gesagt wurde, es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die ASP.-Leute zwei Ministersitze behielten, daß mit der Möglichkeit einer Regierungskrise nach den Landtagsferien zu rechnen sei und daß man im bürgerlichen Lager gut daran täte, sich auf Neuwahlen zu rüsten. Der Aufsatz des Kämpfers schließt dann mit der Behauptung, die Koalition in Sachsen sei auf dem Marsche und fordert die sächsische Arbeiterschaft auf, sich von den „linkssozialdemokratischen Führern" nicht irreleiten zu lassen.

Wer einigermaßen die Hetzpraxis der KPD.-Leute kennt, wird den Märchenerzählungen des Kämpfers von vornherein keine Bedeutung beilegen, man weiß ja, daß die Kommunisten das Blaue vom Himmel herunterschwindeln, wenn sie glauben, daß sie dadurch die Arbeiter gegen die „linkssozialistischen Führer" verhetzen können.

Daß Verhandlungen zwischen dem Parteivorstand und der ASP. stattgefunden haben, ist nicht richtig, und noch weniger kann die Rede davon sein, daß ein großer Teil der sächsischen sozialdemokratischen Führer mit den Bedingungen einverstanden ist, die angeblich die ASP.-Leute als Voraussetzung für ihren Wiedereintritt in die SPD. gestellt haben sollen. Von einer Verschmelzung zwischen SPD. und ASP. kann überhaupt keine Rede sein, was sollte auch die sächsische Sozialdemokratie für ein Interesse daran haben, sich mit einem Grüppchen zu verschmelzen, das nicht im entferntesten den Namen einer Partei verdient und das sowieso über kurz oder lang mehr oder weniger sanft entschlafen wird. Erst recht kann nicht die Rede davon sein, daß wir etwa den Herren bei der ASP. irgend etwas dafür versprechen, daß sie sich unserer Partei wieder anschließen. Im Gegenteil, der Gedanke ist für die sächsische Sozialdemokratie unerträglich, daß wir die Renegaten vom Schlage der Wettge, Heidt u. Co. wieder einmal als Parteigenossen ansehen sollen. Wenn diese Herren einsehen sollten, wie übel sie sich an der Arbeiterschaft vergangen haben, dann mögen sie gefälligst von der politischen Bühne abtreten und dafür sorgen, daß man von ihnen nichts mehr hört und nichts mehr sieht. Das wäre der einzige Dienst, den sie der Arbeiterbewegung noch leisten könnten.

Im übrigen brauchen wir uns mit dem Kämpfer über die Stellung der sächsischen Sozialdemokratie zur Koalitionsfrage nicht unterhalten. Der Kämpfer weiß ganz gut, wie man in der sächsischen Sozialdemokratie über dieses Problem denkt. Deutlich hat die sächsische Sozialdemokratie nicht nur erklärt, daß in diesem Landtage an eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien unter keinen Umständen zu denken ist, sondern daß es auch für die Zukunft ihr Ziel ist, es dahin zu bringen, daß in dem roten Sachsen wieder eine proletarische Regierung das Heft in die Hand nehmen kann. Ob sich dieses Ziel erreichen läßt, wird freilich zum guten Teil von den Kommunisten abhängen. Wenn man sich jetzt das Treiben der sächsischen kommunistischen Presse ansieht, so muß man leider zu der Annahme kommen, daß die Kommunisten es darauf abgesehen haben, eine sozialistische Regierung unmöglich zu machen, und daß ihnen der Kampf gegen die Sozialdemokratie sehr viel wichtiger ist als das Zustandekommen einer sozialistischen Regierung in Sachsen.

Der geleimte Bürgerblock

Die sozialen Nöte in der Tschechoslowakei

Von unserem Prager Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Finanzminister Dr. Englisch ist seiner Isolierung in der Prager Regierung, in der er vergeblich die neuen agrarischen Forderungen bekämpfte, durch Antritt eines Dauerurlaubs entflohen — die Beschlußfassung über die viel umstrittene Sozialversicherungsnovelle, die den Bestand der Bürgerkoalition zu gefährden drohte, ist auf den Herbst vertagt worden —, ein Notgesetz hat das Inkrafttreten der Verwaltungsreform vom 1. Juli auf den 1. Dezember verschoben, den klerikalen Slowaken wurde die Konzession gemacht, trotzdem schon jetzt einen ihrer Parteigänger zum Landespräsidenten für die Slowakei zu ernennen — und so hat der Bürgerblock, allen Entscheidungen ausweichend, die Krise, die ihn zu erschüttern drohte, überwunden, indem er auch die Entscheidung über sich selber vertagte.

Seine Werke aber wirken weiter. Die Landesausschüsse stutzen die Budgets der Bezirke zurecht, die Bezirke dürfen nach dem Gemeinde-Finanzgesetz eine bestimmte Umlagehöhe nicht überschreiten und streichen alle Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke, ja sogar für Straßenerhaltung, Fortführung von Bauten und Bezahlung der Angestellten. Spitalbauten werden eingestellt, der schulärztliche Dienst wird aufgehoben, Fortbildungsschulen werden geschlossen, die Straßen beginnen zu verfallen. Die Unternehmer zahlen niedrigere Gemeindesteuern, aber es müssen — auf Befehl von oben! — neue Steuern auf die Wohnungen, auf das Trinkwasser, auf Gas und elektrischen Strom, Hundesteuern und Kartenspielsteuern und verschiedene andere indirekte Abgaben eingeführt werden. Der große Feldzug gegen die soziale Fürsorge hindert nicht, daß die Tschechoslowakei sich auch weiterhin durch ihre Auslandspropaganda als an der Spitze des sozialen und kulturellen Fortschrittes marschierenden Staat in der aufdringlichsten Art preisen läßt. Wie man das macht? Zum Beispiel so, daß man in dem Dresdner Zentralblatt für Technik und Methodik der hygienischen Volksbelehrung in einem dem Wohlfahrtswesen in der Tschechoslowakei gewidmeten Sonderheft berichten läßt:

„Die Sozialversicherung in der Tschechoslowakei zeigt am besten, wie fortschrittlich und führend der junge Staat auf sozialökonomischem Gebiete dasteht."

Die sozialen Ausgaben sinken — aber die Mieten steigen. Am 1. Juli ist neuerlich eine zwanzigprozentige Erhöhung in Kraft getreten. Bald werden die Mieten valorisiert sein ... Hoffnung auf gesteigerten Profit treibt die privaten Unternehmer zum Bauen. In wenigen Städten nur wird soviel gebaut wie in Prag. Aber schon stehen hunderte neuer Wohnungen leer, weil die Wohnungsuchenden sie nicht bezahlen können. Und Zehntausende brauchen Wohnungen.

*

Noch ist die Konjunktur gut. Noch können die Arbeiter leben, wenn auch schlecht, denn die Löhne sind nur ungefähr halb so hoch wie in Deutschland. Aber wenn die Konjunktur nachläßt — schon kriselt es in der Textilindustrie, schon gibt es in der Flachsindustrie Betriebseinstellungen —, wehe dann den Arbeitern!

Die Bürgermehrheit, die den Kapitalisten hunderte Millionen an Gemeinde- und Bezirkssteuern erspart, die ihnen gewaltige Summen durch die Steuerreform geschenkt hat und den Gutsherren und Großbauern durch die Lebensmittelzölle ununterbrochen fließende Goldströme zugelenkt hat, ist noch immer nicht zufrieden mit diesen Zuschanzungen an die Besitzenden. Den Zuckerfabrikanten sollen hohe Steuernachlässe gewährt werden — für Arbeiter gibt es keine Steuerermäßigungen! — und die Agrarier fordern neue Zollerhöhungen. ...

Der Profit blüht. Die junge tschechische Bourgeoisie ist in einem knappen Jahrzehnt dick und fett geworden — und in ihrem Schatten und durch ihre Gnade mästet sich die deutsche. Aber Fettwerden und Profitmachen allein genügt den Bourgeois nicht. Sie wollen dafür auch noch geehrt werden. Wehmütig gedenken sie der schönen Zeiten im alten Oesterreich, da man Regierungsrat oder Geheimer Rat werden und den Franz-Joseph-Orden bekommen konnte. ... Auch für diese Bürgersorgen gibt es Hilfe. Die Tschechoslowakei wird Orden und Titel, die vor zehn Jahren für ewige Zeiten abgeschafft wurden, wieder einführen.

*

Titel und Ehrenzeichen für die Reichen! Daß es sich wirklich um nichts anderes handelt, offenbarte das Blatt des klerikalen Ministers Schramek mit den Worten:

„In den zehn Jahren der Republik entstand eine neue Schicht von Besitzenden auf dem Lande und in der Stadt, und diese Schicht braucht zu ihrer Stabilisierung, zu ihrer materiellen und geistigen Stabilisierung ein äußeres Kennzeichen ... und so muß man Orden und Ehrenzeichen einführen, durch die die Lebensarbeit für den Staat äußerlich anerkannt wird."

Profite und Orden! „Reich der Reichen, da stehst du, juchhei!" Ob den tschechischen Legionären, den Gründern des

Was wird in Mexiko?

Der Mörder Obregons

D. **Mexiko City**, 18. Juli. (Eig. Drahtb.)

Der Mörder des Präsidenten Obregon, der am Dienstag nachmittag und im Verlaufe des Mittwoch vormittag in Gegenwart des Präsidenten Calles wiederholt vernommen werden sollte, lehnte jede Aeußerung über die Motive zu seiner Tat ab. Der Mörder ist ein 30jähriger Mexikaner namens Juan Escapulario, der unter dem Vorwand, Obregon während des Festbanketts zu zeichnen, die gräßliche Mordtat verübte. Als er dicht an den Stuhl Obregons herangekommen war, zog er plötzlich einen Revolver und feuerte in rascher Folge fünf Schüsse auf den General ab. Obregon fiel stöhnend vom Stuhl.

Die Tat ist nach den bisherigen Feststellungen vorsätzlich ausgeführt worden. In der Tasche des Mörders wurde z. B. eine Abschiedsnotiz an dessen Familienangehörige folgenden Wortlauts gefunden: „Ich weiß, daß ich zur Ausführung meines Grundsatzes sterben werde, und ich entbiete euch Lebewohl!" Diese Notiz ist ein Beweis dafür, daß die Mordtat vorbereitet war. Auf einem andern Zettel, der sich im Besitz des Mörders befand, steht der Name Trejo, des Führers der Obregon-Fraktion im Kongreß. Außerdem war der Name Robinson verzeichnet, der mit der Tochter des Präsidenten Calles verheiratet ist. Man vermutet, daß die beiden Persönlichkeiten ebenfalls ermordet werden sollten.

Die Frage, was nun werden wird, ist bisher noch nicht geklärt. Voraussichtlich wird der Kongreß das Wahlgesetz abändern und die Amtszeit des Präsidenten Calles verlängern. Einen Vizepräsidenten kennt Mexiko nicht. Im Falle der Verhinderung oder des Todes des Präsidenten vertritt ihn der Innenminister oder der Außenminister. Diese Möglichkeit wird jedoch nur eintreten, falls die Amtszeit des Präsidenten Calles nicht über den 1. Dezember hinaus verlängert worden oder bis dahin eine andre Persönlichkeit zum Präsidenten gewählt sein sollte.

Die Mordtat hat in Mexiko außerordentliche Erregung hervorgerufen. Die Regierung, die mit Zusammenstößen rechnete, hat sofort das Militär und die Polizei in den Alarmzustand versetzt. Dieser entschlossenen Maßnahme ist es zu verdanken, daß bisher am Mittwoch vormittag Zusammenstöße vermieden wurden.

•

Calles soll Präsident bleiben

Mexiko, 19. Juli. (Eig. Funkspruch.) Am Mittwoch mittag wurde die bisher im Nationalpalast aufgebahrte Leiche Obregons nach dessen Geburtsstadt Sanora überführt. Im Verlauf des Vormittags verhängte die Regierung den Belagerungszustand über ganz Mexiko. Die Ruhe wurde auch im Verlauf des gestrigen Nachmittags an keiner Stelle des Landes gestört.

In der Nacht von gestern zu heute beabsichtigten die Führer der Obregon-Partei, Calles als Hauptführer anzuerkennen. Eine außerordentliche Parlamentssitzung, die inzwischen einberufen worden ist, dürfte voraussichtlich Calles als neuen Präsidenten bestätigen. Das Parlament ist berechtigt, falls der neugewählte Präsident stirbt, seinen Nachfolger selbst zu wählen. Calles selbst hat sich zu seiner Wiederwahl bisher nicht geäußert. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß im Verlauf des heutigen Tages weitere Verhaftungen im Zusammenhang mit der Mordtat zu erwarten sind.

Wilhelm-Filchner-Fonds. Der Magistrat der Stadt Berlin bewilligte am Mittwoch, dem Beispiel der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung folgend, einen Betrag von 12 000 M. zu dem in der Bildung begriffenen Wilhelm-Filchner-Fonds, der dem Forscher die Verwertung der von ihm bisher gewonnenen Ergebnisse und die Fortsetzung seiner Arbeiten gewährleisten soll.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280719/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG